



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/170 - 27. Juli 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 880

Der Weg Bonns - Weg in die weltpolitische Einsamkeit	S. 1
Eden arbeitet auf eine neue Viererkonferenz hin	S. 3
Um die automatische Anpassung der Renten	S. 6
Nassers Gegenschlag	S. 8

Harte Tatsachen

Von Fritz Erler, M. d. B.

Noch vor drei Jahren haben die Westmächte jede Begrenzung der Atomwaffen von einer vorherigen Herabsetzung der konventionellen Streitkräfte abhängig gemacht. Damals verlangte die Sowjetunion, dass man zuerst die Atomwaffen verbieten müsse, bevor an die Verringerung der konventionellen Streitkräfte herangegangen werden könne. Dieser Standpunkt der Sowjetunion von vor drei Jahren ist jetzt die Meinung von Bundeskanzler Dr. Adenauer.

Inzwischen hat sich in der Welt ein völliger Frontwechsel vollzogen und darüber hinaus die Erkenntnis Bahn gebrochen, dass Rüstungsbegrenzungen umfassend sein, alle wesentlichen Partner einschliessen und alle wesentlichen Waffengattungen einbeziehen müssen. Durch die weitere Entwicklung der atomaren Waffen in West und Ost haben die konventionellen Streitkräfte viel von ihrem Wert verloren. Das ist der Grund, weshalb man in West und Ost einseitig und ohne förmliche Abkommen die Zahl der Erdtruppen mit herkömmlicher Ausrüstung verringert. Diese Revolution der Militärtechnik ist nicht mehr aufzuhalten. Sie ist geschehen. Gegen sie kämpfen mit dem Ziel, zu den konventionellen Waffen des zweiten Weltkrieges zurückzukehren, heisst, gegen Windmühlenflügel zu kämpfen. Es ist die Haltung der Maschinenstürmer, die menschlich begreiflich ist, aber noch nie Erfolg gehabt hat. Man kann das Wasser nicht bergauf fliesen lassen, sondern man muss den Sturzbach bändigen.

Die Versuche der Bundesregierung, den Westmächten mehr an - 2 -

konventionellen Waffen und Truppen einzureden, als sie selber zu unterhalten gewillt sind, werden scheitern, auch wenn jetzt zur propagandistischen Unterstützung der bedrohten Position des Bundeskanzlers ein zierliches Aufgebot an militärischen Führern mobilgemacht wird. Es hat noch nie führende Militärs gegeben, denen ihre Truppen zahlreich genug und die Dienstzeit lange genug gewesen wäre. Die verantwortlichen Militärs der Westmächte denken gar nicht daran, gegen ein Mehr an konventionellen Waffen auf die Ausstattung mit taktischen Atomwaffen zu verzichten.

Wenn die Bemühungen des Bundeskanzlers auf Beibehaltung der Armeen klassischen Stiles Erfolg haben, verschwindet die Atomdrohung nicht aus der Welt. Die Sowjetunion wird auf dem Gebiete der Landstreitkräfte dem Westen immer verdrückend überlegen bleiben, wenn es nicht zu einer ernsthaften Vereinbarung über feste Rüstungsgrößen und die Kontrolle über die Einhaltung dieser Bestimmungen kommt. Solange das nicht geschieht, wird der Westen wie bisher den Ausgleich der sowjetischen Überlegenheit an Erdtruppen durch die taktischen Atomwaffen suchen. Und darauf antworten dann eben die Russen in gleicher Weise, und so geht der Wettlauf des Irrsinns weiter.

Deshalb muss dieser Zirkel durchbrochen werden. Gelingt es, aus der bisher ohne Vereinbarung wechselseitig einfach einsetzenden Herabsetzung der konventionellen Streitkräfte zu förmlichen Vereinbarungen zu kommen - und in der Kommission der Vereinten Nationen hat man sich doch schon über alle Zahlen mit Ausnahme der für die Bundesrepublik Deutschland geeinigt -, dann ist auch der Weg für die Einbeziehung der schrecklichen Massenvernichtungsmittel in ein derartiges Abkommen über Rüstungsbegrenzung und -kontrolle frei. Kommt dagegen kein Abkommen über die konventionellen Waffen zustande, dann wird es überhaupt keine Rüstungsbegrenzung geben - auch nicht auf dem Atomgebiet.

Aufgabe der deutschen Politik muss es sein, den anderen Mächten den Weg zur umfassenden Abrüstung zu erleichtern und nicht etwa den Eindruck zu erwecken, als wollten wir ihnen den Abbau der Rüstungslasten verbieten. Das wäre der Weg in die weltpolitische Einsamkeit. Der Atomkrieg kann nicht durch mehr konventionelle Waffen, sondern nur durch umfassende Verminderung aller Rüstungen vermieden werden. Schliesst sich die Bundesrepublik Deutschland von den Bemühungen um die Herabsetzung

der Truppenstärken aus, so treibt sie die anderen zu einer Einigung auf der Grundlage der Spaltung Deutschlands. Wer auf 500 000 Mann für die Bundesrepublik beharrt, wohl wissend, dass damit etwa auch 250 000 für die Sowjetzone erwartet werden müssen, der sieht für Deutschland insgesamt eine Truppenmacht vor, welche jedem unserer Nachbarn die Wiedervereinigung zu einem gefährlichen Risiko macht. Auch um der Wiedervereinigung willen sollten wir mit eigenen Vorschlägen das Abrüstungsgepräch erleichtern, statt es zu blockieren, und die Bereitschaft erklären, eine in Aussicht stehende Begrenzung der Rüstungsstärken in angemessener Weise auch für uns gelten zu lassen, selbst wenn dann die Pläne für die Bundeswehr erheblich geändert werden müssten.

Das zu erreichende Ziel der internationalen Entspannung und der Erleichterung der Wiedervereinigung sollte eine solche Änderung der in den Jahren 1950/51 gefassten Pläne wohl wert sein. Deutsche Politik kann sich der Wiedervereinigung nur nähern, wenn unsere Vorschläge das wiedervereinigte Deutschland in den Trend zur Abrüstung einbeziehen, aber nicht jetzt die Abrüstung zu torpedieren suchen.

* * *

Flexiblere Haltung in der Deutschlandfrage

E. A. London

Premierminister Eden arbeitet auf lange Sicht auf eine neue Viererkonferenz nach dem Muster der Genfer Spitzenkonferenz hin. Diesen Schluss muss man aus dem, was Sir Anthony in der ausserpolitischen Debatte im Unterhaus am vergangenen Montag sagte - und aus dem, was er taktvoll verschwiegen, ziehen.

Aus dem, was er sagte, stechen drei Gesichtspunkte hervor. Erstens will Eden positiv den sowjetischen Vorschlag auf Beschränkung der Testexplosionen von nuklearen Waffen (vor allem von Wasserstoffbomben) eingehen. Er glaubt, dass die drei atomaren Grossmächte, die USA, die Sowjetunion und Grossbritannien, auf diesem Gebiete zu einem separaten Abkommen gelangen können, ohne es in den langsamen Apparat der Weltabrüstungskommission einzuzwängen und dadurch auf eine ferne Zukunft vertagen.

Zweitens hat der britische Premierminister seine alten Gedankengänge über einen europäischen Sicherheitspakt und die deutsche Wieder-

vereinigung aufgenommen und erweitert. Vor allem hat er klipp und klar erklärt, dass ein wiedervereinigtes Deutschland nicht unbedingt der NATO angehören müsse. Das solle den Deutschen selbst zur Entscheidung überlassen bleiben. Verbunden mit seinen Gedanken über ein europäisches Sicherheitssystem und der Schaffung von "entspannten Zonen", die er sich vorsichtigerweise hütete, an irgend eine Demarkationslinie zu binden, ergibt sich eine wesentlich flexiblere Haltung in der Frage der deutschen Wiedervereinigung, als die Westmächte in Berlin und später bei der Ausenministerkonferenz in Genf eingenommen hatten.

In London haben die eifrigen Anhänger der alten Linie sofort erklärt, es bestehe wenig Hoffnung, dass sich die sowjetischen Führer jetzt vernünftiger zeigen würden - mit anderen Worten, die flexiblere Haltung werde Gott sei Dank für Adenauer und seine Freunde an der Starrheit der Männer im Krenl scheitern. Aber das dürfte nicht die Ansicht des britischen Premiers sein. Er hofft wahrscheinlich, eine sowjetische Reaktion zu dem, was er in der Deutschlandfrage gesagt hat, hervorzurufen.

Drittens aber hat sich Sir Anthony peinlich gehütet, irgend etwas zu sagen, was von den neuen Männern im Krenl übel vermerkt werden könnte. Dafür hat er sich grosse Mühe gegeben, den Wandel im Krenl positiv und optimistisch zu bewerten. Er zog einen Vergleich zwischen der sowjetischen Haltung während der Berliner Konferenz und der heutigen. Damals sei alles starr gewesen, heute sei vieles flexibel geworden. Daraus liegt es nahe, den Schluss zu ziehen, dass es auch für den Westen an der Zeit sei, flexible Positionen zu beziehen.

Natürlich will Eden dabei keinen Sondertanz tun. Er will gemeinsam mit dem amerikanischen Bundesgenossen, mit dem Commonwealth und mit den westeuropäischen Alliierten marschieren. Aber im Rat dieser Verbündeten und Freunde wird er für seine Ideen arbeiten. Er hofft, dass er bald nach den amerikanischen Präsidentenwahlen Gelegenheit haben wird, den neuen - oder alten - Präsidenten im Weissen Hause aufzusuchen und für seine Ideen zu gewinnen. Gelänge ihm das, so würde er dann zu Beginn des Frühjahrs als westlicher Sprecher die Gespräche mit Chruschtschow und Bulganin in Moskau weiterführen. Es dürfte ihm nicht schwer fallen, sie für eine Spitzenkonferenz zu gewinnen, schon gar nicht, falls sich bis dahin tatsächlich einige handgreifliche -5-

Ergebnisse, wenn auch nur auf Teilgebieten, aufweisen liessen.

Die Frage erhebt sich, ob den Sowjets westliche Konzessionen, wie die Entlassung Deutschlands aus dem NATO-Gefüge, ein Sicherheitssystem, das den Satelliten annehmbar erscheint, und ein Teilabkommen über Beschränkung des atomaren Aufrüstens die Freisetzung von siebzehn Millionen Deutschen aus ihrem Machtbereich wert zu sein scheint. Vielleicht aber wäre den kommunistischen Machthabern eine Spitzenkonferenz in Washington, bei der sie der ganzen Welt die Befreiung von der Angst vor der Wasserstoffbombe beschern könnten, ein zusätzlicher Anreiz. Sir Anthony Eden scheint das anzunehmen.

* * *

So sprach einst Dr. Adenauer...

21. November 1949:

"Ich wünsche keineswegs eine Armee. - Wir wollen an keinem neuen Krieg teilnehmen, nachdem soviel Blut auf den Schlachtfeldern vergossen worden ist. Wir haben genug Tote gehabt. Allzuviel junge Leute sind un- gekommen. Denken Sie daran, dass in Deutschland gegenwärtig auf 100 Männer 160 Frauen kommen. Schliesslich muss ich darauf hinweisen, dass ein neues Heer bei uns nur die militärischen Erinnerungen wiederbeleben würde die ein für allemal verschwinden müssen." "Frankfurter Rundschau"

*

5. Dezember 1949:

Dr. Adenauer erklärte: "In der Öffentlichkeit muss ein für allemal klargestellt werden, dass ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch gegen die Errichtung einer neuen deutschen Wehrmacht bin." "Neue Zeitung"

*

20. April 1950:

"Eine Ausstellung von militärischen Streitkräften in Deutschland wünschen wir nicht, wir haben genug vom Krieg". "Hamburger Echo"

*

6. August 1950:

"Ich habe mich wiederholt gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands ausgesprochen, weil ich vor allem den tiefen Friedenswillen des deutschen Volkes und der deutschen Jugend Ausdruck geben wollte. Man darf nicht vergessen, dass diese Jugend, die mit fünfzehn Jahren von der Schulbank geholt, zu Flakhelfern gemacht und schliesslich ungenügend ausgebildet, in den Kampf geschickt wurde, einen tiefen Abscheu vor Uniformen, vor Waffen und vor Krieg hat." "Welt am Sonntag"

*

3. März 1951:

"Für die Bundesregierung muss ich mit Nachdruck erklären, dass von ihrer Seite nichts unternommen wurde, was eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik notwendig macht." "Südost-Kurier"

* * *

Eine Belehrung für die Bundesregierung

Beirat beim Wirtschaftsministerium unterstützt Vorschläge der SPD

H.R. Nach Auffassung der SPD ist, wenn die kommende Rentenreform ein erster Schritt zu einer umfassenden Sozialreform sein soll, eine unbedingte automatische Anpassung der Rentenhöhe an die Lohn- und Gehaltsentwicklung erforderlich. Diese automatische Anpassung, die schon im Sozialplan der SPD aus dem Jahre 1952 enthalten ist, und auf dem Kölner Kongress im Januar ds. Jrs. erneut erhoben wurde, fand ihren Niederschlag in dem am 18. April 1956 von der SPD im Bundestag eingebrachten Entwurf zur Neuordnung der Rentenversicherung.

In Kreisen der Bundesregierung ist diese Forderung nach automatischer Anpassung der Renten an die Löhne und Gehälter auf keine allzu grosse Gegenliebe gestossen. In einem der Regierung nahestehenden Informationsdienst wurde deshalb noch im Frühjahr ds. Jrs. geäußert, dass "man fürchtet, dass das Heer der Rentner auf diese Weise in das Lager der Gewerkschaften übergehen wird, da dann auch die Rentempfänger ein Interesse an höheren Löhnen und Gehältern haben."

Unter dem Eindruck der Forderungen der SPD hat sich dann die Bundesregierung in der Folgezeit bemüht, zwar nicht von der automatischen Anpassung, dafür aber von der "dynamischen Rente" zu sprechen. Aus der dynamischen Rente wurde später unter dem Druck namhafter Industriekreise, wie es hiess aus "sprachlichen Gründen", die Produktivitätsrente.

In dem Regierungsentwurf, der vier Wochen nach der Einbringung des SPD-Rentengesetzesentwurfs dem Parlament zugeleitet wurde, war aus der automatischen Anpassung nur noch eine Anpassung in Abständen von fünf Jahren geworden, trotzdem sich z.B. der Bundesrat wenigstens für eine Anpassung in Abständen von 3 Jahren ausgesprochen hatte. Die Regierung weise genau wie die betroffenen Rentner, dass allein in den letzten fünf Jahren von 1951 - 1956 fünf Rentenerhöhungsgesetze zur Verbesserung der Renten mühsam erkämpft werden mussten. Die Bundesregierung begründete dessen ungeachtet ihr Festhalten am Vorschlag, alle fünf Jahre nur eine Rentenapassung nur vornehmen zu wollen, wie folgt: "Mit Rücksicht auf mögliche Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung erscheint eine Anpassung in kürzeren Zeitabständen nicht angebracht." So nachzulesen in der Begründung der Bundesregierung zum Vorschlag des Bundesrates.

Wie peinlich aber, wirkt diese Haltung der Bundesregierung - 7 -

angesichts des kürzlich vom Wissenschaftlichen Beirat beim Wirtschaftsminister veröffentlichten Gutachtens zur Konjunkturpolitik. Im Abschnitt VII "Sozialrentenpolitik" spricht sich der Beirat u.a. für eine Beteiligung der Sozialrenten am wirtschaftlichen Fortschritt aus. Wörtlich heisst es dort:

"Da der Beirat der Meinung ist, dass auch die Sozialrenten am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt sein sollten, wie sie es wären, wenn der volkswirtschaftliche Fortschritt zu einer allgemeinen Preissenkung führte, muss der Beirat mit Rücksicht auf die in seinen konjunkturpolitischen Zielen enthaltene Forderung auf Stabilerhaltung des Konsumverpreiseniveaus eine andere Lösung vorschlagen, die einen Ersatz für den ausgeschlossenen Preissenkungsmechanismus schafft. Daher müssen die Einkommen auch der Sozialrentner mit Rücksicht auf den jeweiligen wirtschaftlichen Fortschritt erhöht werden."

Der Beirat schlägt vor, die Anpassung der Sozialeinkommen durch eine Anknüpfung an eine die Lohnentwicklung repräsentierende Grösse vorzunehmen, weil sie den Vorteil habe, das Ausmass der Einkommenserhöhung der Sozialrentner in Beziehung zu setzen zum Einkommen jener Schichten, aus denen sie überwiegend stammen.

Im Zusammenhang mit den Bedenken der Bundesregierung über die Anpassungszeiträume erklärt der Beirat dann "je länger der Zeitabstand gewählt wird, umso grösser wird die jedesmalige Steigerung der Sozialausgaben sein, und diese massive Steigerung kann gerade zu einem Zeitpunkt eintreten, zu dem sie konjunkturpolitisch unerwünscht kommt. Daher empfiehlt sich eine Prüfung und ggf. Anpassung in möglichst kurzen, z.B. jährlichen Zeitabständen."

Wir dürfen gespannt sein, was die Bundesregierung zu dieser Feststellung zu sagen hat. Wir wollen im Interesse der Rentner hoffen, dass diese doch sicherlich ernst zu nehmende Stellungnahme aus Kreisen der Wissenschaft bei der Bundesregierung Gehör findet und stimmen der Auffassung des Beirates zu, der in seinem Gutachten erklärt:

"... Sozialpolitik ist ihrem Wesen nach keine Konjunkturpolitik".

Die Rache für Assuan

ler. Noch sind die Folgen von Nassers Gewaltstreich nicht abzusehen. Sie werden weitreichend sein. Die über Nacht erfolgte Enteignung der Suez-Kanal-Gesellschaft trifft einen Lebensnerv Englands. Mehr als die Hälfte seiner Schifffahrt benutzt ihn, fast der ganze britische Öllexport erfolgt auf Tankern, die diesen Kanal passieren müssen. Das persische Öl fließt aber nicht nur nach Grossbritannien, die gesamte westeuropäische Wirtschaft ist auf eine geregelte Zufuhr angewiesen. Wird diese auch in der Zukunft gewährleistet sein?

Nassers überraschendes Vorgehen bekundet seine Entschlossenheit, auf's Ganze zu gehen. Der Griff nach den Einnahmen der Suezkanal-Gesellschaft soll ihn für die von den USA, Grossbritannien und der Weltbank verweigerte finanzielle Unterstützung für den Bau des Assuan-Dammes entschädigen. Imperia handelt es sich um einen Jahresbetrag von 100 Millionen Dollar, der den britischen und französischen Aktionären dieser Gesellschaft zufließt. Es fragt sich heute, ob die angelsächsischen Mächte und die Weltbank weise beraten waren, als sie Nasser die kalte Schulter zeigten, ihm die schon zugesagte und in Beträgen fixierte Hilfe für dieses gewaltige Dammpjekt entzogen. Für das an Bevölkerung rasch zunehmende Ägypten ist die Bewässerung und Fruchtbarmachung weiter Wüstenstriche eine Lebensfrage. Auch Nassers Schicksal ist an die Verwirklichung des Assuan-Dammes gebunden. Da er weder vom Westen noch von der Sowjetunion die dazu notwendigen Gelder bekam, entschloss er sich zu dem verzweifelten Schritt, die Kanalgesellschaft zu verstaatlichen. Damit warf er Grossbritannien und Frankreich als den Hauptaktionären dieser Gesellschaft den Fehde-Handschuh hin. Wie werden sie darauf reagieren?

Ohne Zweifel liegt hier ein klarer Bruch des Völkerrechts vor. Nasser selbst hat beim Abschluss des Abkommens über die Räumung des Suez-Kanals die Rechte der Suez-Kanal-Gesellschaft, die bis 1956 gelten, ausdrücklich anerkannt. Dachte er schon damals daran, diese letzte mächtige Bastion einer zu Ende gehenden kolonialen Zeit zu zerstrümmern, sofern ihm der Zeitpunkt geeignet erschien? Und fühlten sich die Aktionäre dieser Gesellschaft in der Annahme nicht zu sicher, die Woge des arabischen Nationalismus, die einen Nasser mit hoch brachte, werde

ihre Privilegien unangetastet lassen?

Der Gewaltstreich des ägyptischen Diktators ist die Antwort auf die ihm vom Westen zugefügte Demütigung. In England und Frankreich spricht man von den "ernstesten internationalen Konsequenzen"; welche sie auch immer sein mögen, sicher ist, dass das einseitige Vorgehen Nazzers in diesem Teil der Erde eine spannungsgeladene, ja dramatische Situation geschaffen hat, die zu entwirren es mehr bedarf, als der Drohung mit Gewaltmassnahmen.

* * *

Wir bitten zu beachten, dass es auf Seite 8 heissen muss:die Rechte der Suez-Kanalgesellschaft, die bis 1968 gelten..... (Die Red.)

* * *

Zur Tode von Otto Ziegler

Für alle Freunde und Arbeitskameraden unerwartet ist Otto Ziegler am 26. Juli d.Js. nach einer kurzen aber schweren Krankheit in einem Hamburger Krankenhaus verstorben. Er war stellvertretender Vorsitzender der deutschen Postgewerkschaft seit ihrem Zusammenschluss im Jahre 1949, als Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion nahm er die Interessen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten im Bundestag wahr. Besonders während der langen und schwierigen Auseinandersetzungen über die Gestaltung des Personalvertretungsgesetzes hat sich Otto Ziegler nachdrücklich für eine gerechte, allen Gruppen gleichermaßen zugute kommende Fassung des Gesetzes verwandt. Als Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Bundespost und Mitglied des Bundesausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat er hohe Verantwortung getragen und in seiner ruhigen und massvollen Art zu mancher Lösung schwieriger Fragen beigetragen. In allen diesen Gremien hatte seine Stimme Gewicht, überall war er ein gern gesehener Kollege. Besonders der Jugend galt sein Verständnis, die ihm dafür mit grossen Vertrauen dankte.

Der Tod hat ihn nun aus diesem arbeitsreichen Leben gerissen, das mehr den anderen als ihm selbst diente.

Am 7. Juli 1895 in Diedmannsdorf, Kreis Braunsberg, Ostpreussen, geboren, trat Ziegler bereits als 17-Jähriger in die Dienste der damaligen Reichspost ein. Gleich nach Ende des ersten Weltkrieges, an dem er von Anfang an teilnahm, wurde er aktives Mitglied der SPD, in der er sich von Ortskassierer bis zum Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordnete des Kreises Braunsberg in Ostpreussen emporarbeitete. Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten musste auch Otto Ziegler seine politische Arbeit beenden. In Hamburg, wo er nach dem Verlust seiner Heimat einen neuen Wirkungskreis gefunden hatte, wirkte er beim Aufbau der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei kräftig mit. Die Leistungen, die er auf vielen Gebieten vollbrachte, rechtfertigten das Vertrauen seiner Kollegen. Alle, die ihn kannten und schätzten, verlieren in ihm einen Freund, die Postgewerkschaft und die Sozialdemokratie einen unermüdeten Streiter.

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler